



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Mobil: (0177) 372 6186

E-Mail: mail@christian-duerr.de

Internet: www.christian-duerr.de

Rede zum Antrag Aktionsprogramm „Klimaschutz schafft Arbeitsplätze“

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/62 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 15/527
(Zweite Beratung)

18. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 20. November 2003

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen lag - das wurde bereits erwähnt - in der letzten Legislaturperiode - zumindest in ähnlicher Form - schon einmal vor. Ich habe bereits in der ersten Lesung im Landtag ausgeführt, dass er gute Ansätze dafür bietet, dass Klimaschutz, also Ökologie einerseits, und Handwerk, sprich: Ökonomie andererseits, gut zusammenwirken können. Insofern sind die Vorschläge im vorliegenden Antrag durchaus willkommen.

Die Landesinitiative „Energieeinsparung“ haben Ministerpräsident Wulff und Wirtschaftsminister Hirche bereits Anfang der Legislaturperiode angekündigt. Ich bin der Auffassung, dass diese Landesinitiative ein gutes Beispiel für effektiven Klimaschutz bietet.

Wir haben Ihnen, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, schon oft gesagt, dass insbesondere Energieeinsparung, aber auch Effizienzsteigerung bei der Stromerzeugung brauchbare Mittel zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes sind. Ich denke, wir müssen uns dieses Weges der Erfüllung von Klimaschutzzielen noch viel stärker annehmen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich auch sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und Grünen: Es ist mit den regenerativen Energien manchmal nicht so einfach, wie von Herrn Trittin dargestellt. Als Beispiel sei an dieser Stelle der Strom aus Wind genannt. Er ist eben nicht so leicht planbar, und es muss oft mit Regelernergie nachgeleistet werden. Das führt oftmals zu einem höheren CO₂-Ausstoß. Annette Schwarz hat bereits erwähnt, dass der Ausstoß von CO₂ in den letzten zwei Jahren sogar angestiegen ist.

Der Weg, der mit den Bürgschaften im Rahmen der Landesinitiative gegangen werden soll, ist angesichts der aktuellen Haushaltslage, die wir alle kennen,

sicherlich der richtige Weg. Ich bin daher der Landesregierung aus FDP und CDU dankbar, dass sie ihre Ankündigungen von Anfang der Legislaturperiode jetzt so schnell umsetzt.

(Beifall bei der FDP)

Quelle: Stenographischer Bericht der 18. Sitzung des Niedersächsischen Landtags,
herausgegeben am 01.12.2003